

**Zeitschrift:** Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Band:** 102 (2022)  
**Heft:** 1102

**Artikel:** Die Politik ist Treiber der Inflation  
**Autor:** Stettler, Roger  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1035593>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 22.05.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die Politik ist Treiber der Inflation

Regulierungen, Verbote und Gebote verfälschen Preissignale. Auf die negativen Folgen reagieren politische Akteure mit weiteren Markteingriffen und setzen so einen Teufelskreis in Gang.

von Roger Stettler

Preise dienen zur Verteilung von Gütern und Dienstleistungen in einem Umfeld von Knappheit. Steigende – oder fallende – Preise sind elementar für die Markträumung. Hotels sind in der Hauptsaison teurer als in der Nebensaison, eine Wohnung mit Seeblick ist teurer als eine identische Wohnung ohne Aussicht.

Aktuell sehen sich auch entwickelte Staaten sehr hohen Inflationsraten – also flächendeckend steigenden Preisen – gegenüber. Über die Gründe dafür herrscht, wie üblich, Uneinigkeit. Vermutlich handelt es sich um eine Kombination monetärer Gründe – der im Zuge der lockeren Geldpolitik der letzten Jahre stark gestiegenen Geldmenge – und politischer Interventionen. Interessant ist aber auch, wie die Politik mit Preissteigerungen umgeht, insbesondere bei Gütern, deren Preise überproportional ansteigen.

Denn Politiker beeinflussen selber Preise. Regulierung, Gebote und Verbote verteuern die Produktion von Gütern und Dienstleistungen und vermindern die Effizienz einer Volkswirtschaft, die auf Wettbewerb aufgebaut ist.

So führen Handelsbarrieren zu steigenden Preisen. Verbietet oder verteuert zum Beispiel die Politik es den Unternehmen und Privatpersonen, Vorleistungen aus einem bestimmten Land zu beziehen, werden günstige Lieferbeziehungen unterbrochen und durch weniger effiziente ersetzt. Fallen Importe weg, nimmt die Konkurrenz für inländische Produzenten ab, was zusätzlich preistreibend wirkt. Das Ergebnis der geringeren Effizienz ist ein sinkender Lebensstandard der Bevölkerung.

Politiker stehen selber in einem Wettbewerb um Wählerstimmen. In Krisen können sie nicht einfach untätig bleiben, sondern wollen sich als entscheidungsfreudige und handlungsstarke Persönlichkeiten profilieren; zugleich sind sie sich aber bewusst, dass Wähler steigende Preise und sinkende Lebensstandards nicht mögen.

## Die Politik verschleiert ihre Rolle

Daher ist der Anreiz für die Politik gross, die eigene Rolle beim Kaufkraftverlust zu verschleiern. So haben zahlreiche Schweizer und deutsche Politiker die direkten und indirekten Kosten der Energiewende viel zu niedrig eingeschätzt. Seit jedoch die inflationären Folgen dieser Politik offensichtlich wurden – zum Beispiel über steigende Strompreise –, stehen die Politiker vor einer Herausforderung:

Da sie in bezug auf die Kosten nicht ehrlich waren, ist die Bevölkerung überrascht und düpiert.

Das wirksamste Heilmittel gegen hohe Preise ist es, hohe Preise zuzulassen. Denn diese führen zu einer Ausweitung des Angebots und einem Rückgang der Nachfrage. Weil dies schmerzhaft ist, bevorzugt die Politik andere Optionen. Beliebte sind Preiskontrollen, die zuverlässig zu Mangel führen, oder Subventionen, die jedoch wieder gegenfinanziert werden müssen, wodurch die Mittel anderswo fehlen.

Ein besonderes Phänomen sind Versuche, einzelne – typischerweise gut organisierte – Gruppen von den negativen Folgen der Politik abzuschirmen. Werden beispielsweise Staatsangestellte oder Pensionäre über den Inflationsausgleich von Löhnen respektive Renten geschützt, wird der Wohlstandsverlust für den Rest der Bevölkerung umso grösser ausfallen und eine Lohn-Preis-Spirale befeuert. Auch ziehen Interventionen oft neue Massnahmen nach sich, weil weitere Gruppen einen Ausgleich fordern. Wenn beispielsweise Strompreise für bestimmte Gruppen vergünstigt werden, dann wird der Anpassungsdruck beim Rest der Bevölkerung noch grösser sein. Die Folge sind neue Eingriffe, welche die Produktivität der Volkswirtschaft weiter absenken – und damit eine Interventionsspirale in Gang setzen. In Europa lassen sich die Konsequenzen einer solchen Politik aktuell gut beobachten. Die Versuche, einzelne Gruppen vor den Folgen der Inflation zu schützen, sind daher Teil des Problems und nicht der Lösung.

Die einzige Möglichkeit, aus diesem Teufelskreis auszustiegen, ist: Ehrlichkeit in bezug auf die Kosten der eigenen Politik, die Bereitschaft, Preissignale zuzulassen, und der Verzicht darauf, die Wohlstandsverluste politisch einflussreicher Gruppen auf Kosten der Gesamtbevölkerung zu kompensieren. ◀



**Roger Stettler**

besitzt einen PhD in Banking & Corporate Finance der Universität St. Gallen. Seit über 15 Jahren ist er in der Finanzbranche tätig.